

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung am
24.01.2012**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 17:03 Uhr bis 19:28 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	Vertretung für Herrn Dieringer war bis 18:45 Uhr anwesend
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Herr Olaf Sieber	DIE LINKE.	
Herr René Trömel	DIE LINKE.	Vertretung für Frau Dr. Sitte
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Frau Katharina Hintz	SPD	war bis 18:30 Uhr anwesend
Herr Andreas Hajek	parteilos	nahm ab 17:10 Uhr an der Sitzung teil
Herr Denis Häder für Halle	MitBÜRGER	
Frau Beate Fleischer	SKE	
Herr Christian Glüse	SKE	
Herr Dr. Gerhard Kotte	SKE	
Frau Irmgard Lawnik	SKE	
Herr Hartmut Müller	SKE	
Herr Heinz-Günter Ploß	SKE	
Herr Jörg Puschmann	SKE	nahm ab ca. 17:05 Uhr an der Sitzung teil

Entschuldigt fehlen:

Herr Lothar Dieringer	parteilos	vertreten durch Frau Bergner
Herr Uwe Heft	parteilos	
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.	vertreten durch Herrn Trömel
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS	
90/DIE GRÜNEN		
Herr Stefan Person	SKE	

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Häder (Ausschussvorsitzender/MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM) eröffnet die Sitzung.

Die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Folgende Tagesordnung wird für den öffentlichen Teil einstimmig festgelegt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschriften
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung vom 22.11.2011
- 3.2. Genehmigung der Niederschrift der gemeinsamen öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung und des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 22.11.2011
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Einbringung doppischer Haushalt 2012 (Unterlagen bitte mitbringen!)
Vorlage: V/2011/10306
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der CDU-Fraktion zur Erstellung eines verbindlichen Konzeptes für den Weihnachtsmarkt 2012 (inkl. "Wintermarkt")
Vorlage: V/2011/10278
- 5.1.1 Änderungsantrag der Oberbürgermeisterin zum Antrag der CDU-Fraktion zur Erstellung eines verbindlichen Konzeptes für den Weihnachtsmarkt 2012 (inkl. „Wintermarkt“)
(Vorlage: V/2011/10278)
Vorlage: V/2011/10328
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 **Genehmigung der Niederschriften**

zu 3.1 **Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung vom 22.11.2011**

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 22.11.2011 wird einstimmig genehmigt.

zu 3.2 **Genehmigung der Niederschrift der gemeinsamen öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung und des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 22.11.2011**

Die Niederschrift der gemeinsamen öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung und des Ausschusses für Planungsangelegenheiten wird einstimmig genehmigt.

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.1 **Einbringung doppischer Haushalt 2012 (Unterlagen bitte mitbringen!) Vorlage: V/2011/10306**

Zunächst erhält **Herr Neumann** (Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit) das Wort, um in die Thematik einzuführen:

Zunächst sollte diese Beratung als 1. Lesung angesehen werden, um sich erst einmal grundlegend mit dem Haushaltsplanentwurf und den Mittelreduzierungen zu befassen. Dies ist allein schon vor dem Hintergrund der Umstellung auf den doppischen Haushalt erforderlich, der sich damit nun in den Ergebnis- und Finanzhaushalt unterteilt.

Der Haushaltsplanentwurf sieht ein Defizit von 29,5 Mio. Euro und eine Liste zur Mittelreduzierung vor. Dabei muss darauf hingewiesen werden, dass gerade im Bereich der Personalkosten, nach Umstellung auf die Doppik, ein Aufwuchs entstanden ist, der sich u. a. aus den Rückstellungen für Altersteilzeit ergibt.

Zur Sitzung eingeladen wurden die Vertreter der jeweiligen Bereiche so des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung, des Stadtmarketings, des MMZ, des Zoos und der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis.

Es wird vorgeschlagen, in dieser 1. Lesung mit den Untersetzungen der Mittelreduzierungen zu starten, wobei danach die Amts- bzw. Bereichsleiter für Rückfragen zur Verfügung stehen.

Gegenvorschlag von **Herrn Häder**:

Man sollte zunächst die Teilergebnispläne durchgehen und dann die entsprechenden Vorschläge zur Mittelreduzierung besprechen.

Anfrage von **Herrn Bauersfeld** (CDU):

In Bezug auf die Doppik wurde den Räten mitgeteilt, dass dadurch eine bessere Transparenz im Haushalt erzielt wird. Dies kann er nicht bestätigen, so fehlt nun gänzlich jegliche Transparenz. Daher ist eine genauere Aufschlüsselung der Ertrags- und Aufwandsarten erforderlich.

Vorschlag von **Herrn Häder**:

Die entsprechenden Vorschläge und Wünsche zur Verbesserung der Transparenz sollten jeweils bei der Behandlung der einzelnen Organisationseinheiten und Produkte erfolgen.

Wortmeldung von **Frau Ewert** (SPD):

Zunächst sollte man jede Organisationseinheit und jedes Produkt nach und nach behandeln und dazu die jeweilige Diskussion führen, falls erforderlich.

Wortmeldung von **Herrn Bauersfeld**:

Es ist außerdem zu bemängeln, dass jegliche Gegenüberstellung zum Haushaltsjahr 2011 fehlt.

Hinweis von **Herrn Hajek** (FDP):

Im Sportausschuss wurde bereits ebenfalls die Gegenüberstellung zum Haushaltsjahr 2011 gefordert. Daraus ergab sich dann sogar der Auftrag an die Verwaltung, dies generell darzustellen. Er persönlich ist es leid, den Haushaltsplan jedes Mal Stück für Stück durchzugehen ohne dabei voran zu kommen.

abschließender Vorschlag von **Herrn Häder**:

Die Organisationseinheiten und Produkte werden an Hand des Haushaltsplanentwurfes vorgestellt, dann erfolgen die Hinweise zur Mittelreduzierung durch das Dezernat und abschließend sind Nachfragen zu einzelnen Positionen zulässig.

Danach erfolgt die Beratung der einzelnen Organisationseinheiten und Produkte.

Organisationseinheit „Stabsstelle Veranstaltungsservice und Marktwesen
(ab S. 327 im Haushaltsplanentwurf; S. 4 in der Untersetzung der Mittelreduzierung des
Dezernates)

Anfrage von **Herrn Häder**:

Im Ergebnis steht für die Stabsstelle ein Zuschussbedarf von ca. 53.500 Euro im Plan. Gibt es Ergebnisse für die jeweils einzelnen Märkte?

Antwort von **Herrn Neumann**:

Der Zuschuss kommt zu Stande, weil bestimmte erbrachte Leistungen nach der Marktsatzung nicht auf die Marktkosten umlegbar sind und zum Anderen aus dem Veranstaltungsservice resultieren.

So gibt es zwei mögliche Kalkulationsgrundlagen:

1. Stadtveranstaltungen (z. B. Weihnachtsmarkt)
2. Privatveranstaltungen, die außerhalb der Gebührenkalkulation laufen (z. B. Wintermarkt)

Anfrage von **Herrn Bauersfeld**:

In der Mittelreduzierungsliste wird von einem Sachaufwand von ca. 610.000 Euro ausgegangen, während im Haushaltsplanentwurf nur ca. 572.000 Euro auftauchen. Wie kommen diese unterschiedlichen Beträge zu Stande?

Antwort von **Herrn Ruppe** (Dezernat für Wirtschaft und Arbeit):

Zu dem im Haushaltsplanentwurf dargestellten Sachaufwand müssen noch die Aufwendungen der Positionen 16 und 26 hinzu addiert werden, dann ergibt dies die Summe von der 610.000 Euro.

Antwort von **Herrn Bauersfeld**:

Genau solche „Ratspiele“ sind im Rahmen des Haushaltsplanes keineswegs in Ordnung.

Hinweis von **Herrn Häder**:

Hierbei handelt es sich doch aber lediglich um eine Darstellungsfrage, die Summen sind ja dennoch identisch.

Anfrage von **Herrn Sieber** (DIE LINKE.):

Bei der Stabsstelle Markt wurde lediglich 1% gekürzt, während z. B. beim Eigenbetrieb für Arbeitsförderung 18,5 % gekürzt wurden. Gibt es dafür eine Logik? Warum kann der benötigte Zuschuss nicht selbst von den Märkten erwirtschaftet werden? Immerhin bleibt die Höhe des Zuschusses nahezu gleich.

Antwort von **Herrn Neumann**:

Hier steht nicht nur eine kostenrechnende Methodik dahinter. So muss beachtet werden, dass bestimmte Leistungen nicht auf die Marktgebühren umgelegt werden können.

Anfrage **Herr Hajek**:

Auf Seite 329 des Haushaltsplanentwurfes ist in der Spalte des Ansatzes für das Jahr 2013 ein Aufwuchs bei den Personalaufwendungen zu erkennen. Daher macht es wenig Sinn im Jahr 2012 eine Mittelreduzierung von 8.000 Euro vorzunehmen, wenn es kommenden Haushaltsjahr bereits wieder „drauf“ geplant wird. Daher macht die von **Herrn Bauersfeld** gewünschte Aufschlüsselung schon Sinn, bzw. sollten hier in der Tat im Rahmen einer Präsentation genauere Erläuterungen erfolgen.

Antwort von **Herrn Häder**:

Ein Aufwuchs im Bereich der Personalaufwendungen ist doch aber normal, da hier auch Tarifsteigerungen inbegriffen sind.

Vielmehr sollte die Verwaltung prüfen, inwieweit die einzelnen Veranstaltungen kostendeckend sind.

Hinweis von **Herrn Bauersfeld** zur Systematik:

Die Begrifflichkeiten sollten für alle Listen durchgehend gleich gehalten werden, sonst verliert man völlig den Überblick.

Anfrage von **Frau Ewert**:

Kann die Summenänderung im Ansatz vom Jahr 2012 zum Jahr 2013 auf Seite 331 Position 24 des Haushaltsplanentwurfes erklärt werden? Wie kommt dort ein Aufwuchs zu Stande?

Antwort von **Herrn Neumann**:

Er würde diese Anfrage gern mitnehmen. **Frau Biesecke** (Leiterin Stabsstelle Veranstaltungsservice/Marktwesen) kann dazu sicherlich eine Erläuterung geben.

Eigenbetrieb für Arbeitsförderung (enthalten im Teilergebnisplan des Dezernates V ab S. 616 im Haushaltsplanentwurf; S. 5 in der Untersetzung der Mittelreduzierung des Dezernates)

Erläuterungen von **Herrn van Rissenbeck** (Betriebsleiter Eigenbetrieb für Arbeitsförderung (EfA)):

Die Zuschusssumme liegt bei 2,8 Mio. Euro. Eine Reduzierung der Mittel, wie angegeben würde für den EfA bedeuten, dass in diesem Haushaltsjahr nur noch den rechtlichen Verpflichtungen nachgekommen werden kann. Mangels entsprechender Sachkosten ist dann keine Besetzung der freiwerdenden Maßnahmeplätze möglich.

Des Weiteren sei darauf hinzuweisen, dass im Haushaltsplanentwurf ca. 180.000 Euro fehlen, die im Wirtschaftsplan enthalten sind.

Hinweis von **Herrn Neumann**:

Man sollte zunächst das Votum des Betriebsausschusses am 26.01.2012 abwarten.

Anfrage von **Herrn Häder**:

Die Personalaufwendungen gehen doch im Jahr 2013 runter?

Antwort von **Herrn van Rissenbeck**:

Im Jahr 2011 hat man mit der Bürgerarbeit begonnen, dabei hat man bei den Personalkosten die volle Auslastung benötigt. Später konnte man wieder runtergehen, da nur noch 400 Mitarbeiter bei der Bürgerarbeit beschäftigt waren. Es gibt verschiedene Fördermaßnahmen, so werden z. B. die Personalkosten voll gefördert, gar nicht gefördert oder nur anteilig gefördert. Die Personalkosten ändern sich bei Maßnahmenwegfall. Bei einer Absenkung auf 200 Maßnahmen bedeutet das, dass dann auch das Stammpersonal betroffen ist.

Nachfrage von **Herrn Sieber**:

Bei den Personalaufwendungen auf Seite 615 des Haushaltsplanentwurfes ist aber keine Absenkung im Jahr 2013 zu erkennen.

Hinweis von **Herrn Neumann**:

Die Aussagen zu den Personalaufwendungen beziehen sich auf den Wirtschaftsplan des EfA.

Organisationseinheit „Stabsstelle Arbeitsmarkt“
(ab S. 627 im Haushaltsplanentwurf; ohne Mittelreduzierung)

Erläuterungen von **Herrn Neumann**:

In diesem Jahr werden die beiden Mitarbeiter der Stabsstelle ausscheiden. In der Stabsstelle wurden verschiedene Projekte wie z. B. „Schnelle Logistik“ durchgeführt. Durch dieses Programm sind bisher ca. 127 Jugendliche gelaufen, wobei die Vermittlungsquote bei 65% (75 Teilnehmern) liegt. Im nächsten Jahr soll über die Nachbesetzung der Stellen entschieden werden.

Anfrage von **Herrn Häder**:

Aber es muss doch einen Plan zur Untersetzung geben. So stellt sich doch die Frage, ob es nicht sinnvoll wäre, die Stabsstelle im Jahr 2013 wegfallen zu lassen, wenn man sieht, dass dort fast nur Personalkosten anfallen. Außerdem stellt sich die Frage, ob die Aufgaben nicht durch das Jobcenter übernommen werden können.

Antwort von **Herrn Neumann**:

Hier muss man zunächst abwarten, wie sich die verschiedenen arbeitsmarktpolitischen Instrumente vernetzen. Da eine Reform beim Arbeitsmarkt ansteht, wurde bei dieser Organisationseinheit zunächst keine Reduzierung geplant.

Hinweis von **Herrn van Rissenbeck**:

Vor einem Vorgriff auf das Jahr 2013 ist zu warnen, da noch nicht absehbar ist, wie sich die Förderperiode ändern wird.

weiterer Hinweis von **Herrn Neumann**:

Die Abrechnung und Dokumentation der Projekte muss erfolgen, auch wenn diese ggf. über das Jobcenter laufen. Genau diese Aufgaben „stecken“ in den beiden Stellen drin. Daher muss die Diskussion darüber in das nächste Jahr verschoben werden.

Organisationseinheit „Stabsstelle Dienstleistungszentrum Wirtschaft (DLZW)“
(ab S. 639 im Haushaltsplanentwurf; S. 2 in der Untersetzung der Mittelreduzierung des Dezernates)

Erläuterungen durch **Herrn Neumann**:

Zunächst muss noch einmal an die EU-Dienstleistungsrichtlinie und deren Umsetzung erinnert werden, die es erforderlich machten, 2 Stellen bei der Wirtschaftsförderung abzuziehen und 2 neue Stellen zu schaffen, um das DLZW arbeitsfähig zu machen. Auf Grund der Mittelreduzierung ist es erforderlich dort nun eine Stelle zu reduzieren, was aber bedeutet, dass diese Stelle innerhalb der Verwaltung umgesetzt werden muss, da diese nicht aus alterstechnischen Gründen ausläuft.

Beim DLZW werden auch die Bäder und das Projektmanagement bearbeitet.

Die Ergebnisse des DLZW stellen sich so dar, dass bisher eine Nachfrage aus dem Ausland einging, jedoch viele Anfragen der ortsansässigen Unternehmen bestehen. Das DLZW übernimmt damit eine wichtige Lotsenfunktion.

Erklärungen von **Herrn Weichler** (Stabsstellenleiter):

Eine Umsetzung der geplanten Mittelreduzierung würde für das DLZW eine erheblich eingeschränkte Handlungsfähigkeit bedeuten. Die Mitarbeiter des DLZW können nur bedingt vor Ort die Unternehmen besuchen und auch Projekte der Stadtwerke können nicht mehr voll unterstützt werden. Daher muss zunächst eine Grundsatzentscheidung her, ob das DLZW benötigt und gewünscht wird oder nicht. Das DLZW ist auch auf dem Gebiet der Energie und Elektromobilität tätig, was dann nicht mehr machbar wäre.

Wortmeldung von **Herrn Häder**:

Es besteht hier offenbar eine schwierige Situation, so kommen die Vorschläge zur Mittelreduzierung von der Verwaltung und nicht von den Stadträten selbst. Dabei ist der Stadtrat natürlich davon ausgegangen, dass die Vorschläge objektiv erarbeitet wurden und auch nach der Mittelreduzierung die Arbeitsfähigkeit erhalten bleibt. Daher ist die Kritik an die Räte gänzlich falsch.

Vorschlag von **Herrn Scholtyssek** (CDU):

Für die nächste Sitzung sollte eine Aufstellung erarbeitet werden, welche Aufgaben durch das DLZW wahrgenommen werden und welche davon evtl. verlagert werden können bzw. ganz ausfallen können.

Hinweis von **Herrn Neumann**:

Wenn der Rat die Vorschläge zur Mittelreduzierung nicht mit trägt, dann erhält doch die Verwaltung ohnehin die „Hausaufgabe“ neue Vorschläge zur Mittelreduzierung zu erarbeiten, die andere Schwerpunkte enthalten.

Hinweis von **Herrn Hajek**:

Aber beim DLZW handelt es sich doch um die Umsetzung der EU-Richtlinie, dies wiederum bedeutet, dass die Aufgaben dort nicht einfach wegfallen können.

Antwort von **Herrn Neumann**:

Es ist richtig, dass im DLZW z. T. Pflichtleistungen umgesetzt werden, aber zugespitzt betrachtet könnte man auch sagen, dass diese Aufgaben in einem anderen Bereich wahrgenommen werden können (z. B. Bürgerservice).

Wortmeldung von **Frau Ewert**:

Sie ist auch davon ausgegangen, dass die Vorschläge zur Mittelreduzierung so erarbeitet wurden, dass eine Arbeitsfähigkeit der Bereiche erhalten bleibt. Aber so wie sich die Situation gegenwärtig darstellt ist das offenbar nicht erfolgt.

Anfrage von **Herrn Ploß** (sachkundiger Einwohner):

Nach seinen Informationen werden derzeit Verhandlungen zwischen der HAVAG und Stadtwerken zur Elektromobilität durchgeführt. Wenn das DLZW das Thema Elektromobilität betreut, wäre es doch wichtig, dass das DLZW handlungsfähig bleibt, damit eine weitere Betreuung möglich ist.

Antwort von **Herrn Neumann**:

Er wird diesen Hinweis noch einmal zur Prüfung mitnehmen.

Anfrage von **Herrn Häder**:

Wer hat denn die Vorschläge zur Mittelreduzierung unterbreitet?

Antwort von **Herrn Neumann**:

Die Frage für die gesamte Verwaltung und somit auch für die Dezernate und Ämter ist doch vielmehr: Welche Aufgaben erledige ich mit wieviel Personal.

weitere Anfrage von **Herrn Häder**:

Tragen die Beigeordneten die Verantwortung für die Umsetzungen der Mittelreduzierung?

Antwort von **Herrn Neumann**:

Ja.

Wortmeldung von **Herrn Sieber**:

Er hätte gern für den Bereich des EfA eine Aufstellung aus der hervorgeht, in welcher Höhe Kosten der Unterkunft (KdU) eingespart werden, nur allein durch die Durchführung der Maßnahmen.

Antwort von **Herrn Neumann**:

Er möchte sich jetzt zwar nicht genau festlegen, aber eine Maßnahme spart ca. 160 Euro bei den KdU ein.

Antwort von **Herrn Sieber**:

Hierfür hätte er gern eine zusammenfassende Darstellung.

Hinweis von **Herrn Weichler**:

Derzeit gibt es in etwa 360 Gründungswillige, wovon tatsächlich bisher 70 Gründungen erfolgten. Im Durchschnitt betrachtet spart man pro Gründer ca. 280 Euro bei den KdU.

Antwort von **Herrn Sieber**:

Genau diese Aufstellung fehlt für die Unterlagen.

Organisationseinheit „Amt für Wirtschaftsförderung“
(ab S. 667 im Haushaltsplanentwurf; S. 3 in der Untersetzung der Mittelreduzierung des
Dezernates)

Erläuterungen durch **Herrn Neumann:**

Zunächst wird noch einmal an den Antrag von **Herrn Dieringer** (CDU) aus dem vergangenen Jahr erinnert, der damals erreichen wollte, dass der Wirtschaftsförderung ein zwar leicht abgesenktes, aber fest verankertes Sachkostenbudget zur Verfügung steht. Wie der Antrag damals im Stadtrat entschieden wurde, kann er im Moment gerade nicht nachvollziehen, jedoch sei auch bei dieser Organisationseinheit noch einmal darauf hinzuweisen, dass es sich bei den Aufgaben um freiwillige Leistungen handelt.

Vorschlag von **Herrn Häder:**

Die vorbereitete Präsentation wird nicht vorgestellt sondern der Niederschrift beigelegt. Stattdessen stellt **Herr Dr. Franke** die Situation kurz dar und im Nachgang sind die Effekte aus der Mittelreduzierung für die nächste Sitzung, wie beim DLZW aufzustellen.

Wortmeldung von **Herrn Hajek:**

Er persönlich würde die Präsentation gern sehen. Dennoch würde auch hier die IST-Summe aus dem Haushaltsjahr 2011 interessieren.

Antwort von **Herrn Dr. Franke:**

Im vergangenen Jahr wurden insgesamt 1.552.200 Euro ausgegeben, damit wurden ca. 320.000 Euro weniger ausgegeben, als im Plan 2011 veranschlagt wurden.

Wortmeldung von **Herrn Sieber:**

Er findet die Ausbremsung der Wirtschaftsförderung nicht gut. Wenn die Wirtschaftsförderung bereits eine Präsentation zur genaueren Darstellung vorbereitet, dann sollte man sich diese auch anschauen, zumal die nachfolgenden Tagesordnungspunkte dies durchaus zulassen.

Anfrage von **Herrn Bauersfeld:**

Woran liegt das, dass das Budget im Vorjahr nicht voll ausgeschöpft wurde? An der vorläufigen Haushaltsführung?

Antwort von **Herrn Dr. Franke:**

Ja, das Budget konnte durch die vorläufige Haushaltsführung nicht voll ausgeschöpft werden.

Herr Häder überlässt es den Ausschussmitgliedern und sachkundigen Einwohnern, ob die Präsentation vorgestellt werden soll. Die Mehrheit ist dafür, somit stellt **Herr Dr. Franke** die Präsentation vor, welche dann auch der Niederschrift beigelegt wird.

Im Anschluss an die Präsentation werden Fragen gestellt und beantwortet.

Hinweis und Anfrage von **Herrn Trömel** (DIE LINKE.):

Es ist nicht hinnehmbar, dass die Kritik zur Mittelreduzierung ggü. den Räten angebracht wird. Die Vorschläge wurden allein durch die Verwaltung aufgestellt und daher stellt sich nun die konkrete Frage woher die Vorschläge zur Mittelreduzierung kommen: direkt als Vorgabe vom Dezernat oder aus einem anderen Bereich der Verwaltung?

Antwort von **Herrn Neumann**:

Im letzten Jahr stand der Stadt Halle kein genehmigter Haushalt zur Verfügung. Damit dies nicht wieder im Jahr 2012 passiert, hat das Landesverwaltungsamt entsprechende Mittelreduzierungen gefordert, um einen genehmigungsfähigen Haushalt aufzustellen. Somit bleibt der Verwaltung nichts anderes übrig, als Kürzungen, welche im Bereich der freiwilligen Leistungen verstärkt angegangen werden, vorzunehmen. Somit ist das Dezernat für Wirtschaft und Arbeit auch in besonderer Weise betroffen. Aber die abschließende Entscheidung liegt beim Stadtrat, dort muss entschieden werden, wo Kürzungen durchzuführen sind und in welcher Höhe oder ob ggf. Deckungsvorschläge einzubringen sind.

Für das Dezernat heißt das zunächst, dass Schnittmengen zu ermitteln sind, so erfolgte an die Ämter 80, 23 und das ZGM der Prüfauftrag, zu ermitteln, wo Synergien im Bereich der Immobilien erzeugt werden können. Des Weiteren wird man sich im Dezernat jede wiederzubesetzende Stelle genau anschauen und prüfen.

Somit sollten der Ausschuss und der Stadtrat genau überlegen, was an welchen Stellen und mit welchen Mittelreduzierungen machbar ist. Dabei sollte sich bemüht werden Beiträge zur Mittelreduzierung zu leisten.

Produkt „Zuschuss an wirtschaftliche Unternehmen“ – hier MMZ
(enthalten beim Amt für Wirtschaftsförderung; ab S. 671 im Haushaltsplanentwurf; S. 6 in der
Untersetzung der Mittelreduzierung des Dezernates)

Hinweis von **Herrn Neumann**:

Es erfolgt der Vorschlag einer Mittelreduzierung um 10.000 Euro.

Wortmeldung von **Herrn Häder**:

In der Untersetzung der Mittelreduzierung wird von einem Ansatz i. H. v. 182.000 Euro ausgegangen, im Haushaltsplanentwurf wurden jedoch nur 90.000 Euro angegeben. Woher kommt die Differenz?

Antwort von **Herrn Neumann**:

Die Angabe muss im Haushaltsplan noch korrigiert werden.

Feststellung von **Herrn Häder**:

Somit besteht trotz der Kürzung ein Aufwuchs in diesem Produkt.

Hinweis von **Herrn Nowak** (Geschäftsführer MMZ):

Die Reduzierung der Zuschüsse soll über realistische Einnahmen im Bereich der Kinotonmischung erfolgen. Natürlich bestünde grundsätzlich die Möglichkeit die Kaltmieten anzuheben, hier ist man jedoch sehr begrenzt, die Räumlichkeiten für Existenzgründer gedacht sind und somit eine Erhöhung im Bereich der Kaltmieten nicht möglich ist.

Produkt „Zuschuss an Stadtmarketing (Tourismus)
(enthalten beim Amt für Wirtschaftsförderung; ab S. 673 im Haushaltsplanentwurf; S. 7 in der
Untersetzung der Mittelreduzierung des Dezernates)

Hinweis von **Herrn Neumann**:

Hier „hängen“ Drittmittel mit dran.

Anfrage von **Herrn Hajek**:

Auch hier ist wieder der IST-Stand zum 31.12.2011 interessant. Welche Gelder sind geflossen?

Antwort von **Herrn Neumann**:

Es ist die volle Summe i. H. v. 1,1 Mio. Euro geflossen.

Anfrage von **Herrn Häder**:

In der Untersetzung der Mittelreduzierung steht „Wegfall Hallescher Weihnachtsmarkt“. Heißt das, dass der Weihnachtsmarkt ganz wegfallen soll?

Antwort von **Herrn Neumann**:

Die Formulierung Wegfall bezieht sich auf den Wegfall der Werbung für den Weihnachtsmarkt, was einen Qualitätsverlust zur Folge haben wird.

Wortmeldung von **Herrn Voß**:

Ingesamt ist festzuhalten, dass man beim Stadtmarketing grundsätzlich mehr finanzielle Mittel benötigt, da mehr Leistungen zu erbringen sind. So befindet sich die Stadt in diesem Jahr im Wissenschaftsjahr. Wenn man dem Stadtmarketing also die Mittel reduziert, dann darf man nicht erwarten, dass große Werbemaßnahmen für die Stadt umgesetzt werden können.

Produkt „Zoologischer Garten“

(enthalten in der Finanzwirtschaft; ab S. 687 im Haushaltsplanentwurf; S. 9 in der Untersetzung der Mittelreduzierung des Dezernates)

Erläuterungen von **Herrn Neumann**:

Der Zoo stellt kein Problem dar, wenn das Landesverwaltungsamt die Ablösung der Kredite im Rahmen der Mittel aus dem Zukunftsfond bewilligt. Der „Ball“ liegt also im Moment beim Landesverwaltungsamt. Darüber hinaus hat die Sparkasse einen 5-Jahres-Vertrag für eine Förderung von 300.000 Euro angeboten.

Erläuterungen von **Herrn Jacob** (Geschäftsführer Zoo):

Die geplanten Einsparungen sind strukturell ab 2012 auf das Jahr bezogen, dabei muss man beachten, dass der Januar schon so gut wie um ist. Eigentlich hatte man ja auch mit einer früheren Umschuldung gerechnet.

Seit 10 Jahren ist der Zuschussbedarf zunehmend geringer geworden, während die Einnahmen verdoppelt wurden. Die Steigerungen bei den Eintrittspreisen müssen jedoch im Rahmen gehalten werden. Somit ist für die Zukunft eine große Entwicklung kaum möglich.

„Zuschuss Eissporthalle“

(enthalten in der Finanzwirtschaft, S. 692 im Haushaltsplanentwurf; S. 8 in der Untersetzung der Mittelreduzierung des Dezernates)

Hinweis von **Herrn Neumann**:

Hier muss man sich zunächst noch mit den Eigentumsverhältnissen befassen.

„Zuschuss Bäder“

(enthalten in der Finanzwirtschaft, S. 691 im Haushaltsplanentwurf; S.10 in der Untersetzung der Mittelreduzierung des Dezernates)

Hinweis von **Herrn Neumann**:

Hier steht ein Einsparpotenzial von 500.000 Euro zur Debatte, wobei darauf hinzuweisen ist, dass eine Einsparung in dieser Höhe nur durch eine Reduzierung der bewirtschafteten Wasserflächen erreicht werden kann.

Wortmeldung von **Herrn Sieber**:

Wie soll das verstanden werden? Hierzu fehlt das Hintergrundwissen.

Beispiel von **Herrn Neumann**:

Im Haushaltsjahr 2009 hat das Stadtbad einen Verlust von ca. 450.000 Euro erwirtschaftet. Bei einer Streichung des Zuschusses würde dies bedeuten, dass die Wasserflächen der gesamten GmbH reduziert werden müssten, um den Verlust auszugleichen. D. h. wiederum, dass einzelne Becken oder ein ganzes Bad geschlossen werden müsste.

Wortmeldung von **Herrn Hajek**:

In Bezug auf die Bäder und die Eissporthalle existieren doch aber Verträge und Stadtratsbeschlüsse, d. h. diese Positionen gehören nicht auf die Streichliste.

Antwort von **Herrn Neumann**:

In der Konsequenz müsste der Stadtrat dann seine Beschlüsse ändern.

Investitionsprioritätenliste mit den Positionen Industriegebiet A 14 und Zoo

Hinweis von **Herrn Neumann**:

Es wird eine Austauschliste geben, da in der heutigen Beigeordnetenkonferenz (Beiko) eine neue Liste verteilt wurde.

Erläuterungen von **Herrn Neumann** zum Zoo:

Es soll in die bestehende Substanz nicht aber in Neuerrichtungen investiert werden.

Erläuterungen von **Herrn Neumann** zum *Industriegebiet A 14*:

Hierzu zählen die Fortschreibungsmaßnahmen für den Star Park, wobei 10% der Anteile bei der Stadt liegen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Ergebnisplan 2012 einschließlich des Vorschlages zur Mittelreduzierung (Anlage 2) sowie die Investitionsprioritätenliste der Investitionsvorhaben 2012 - 2017 (Anlage 1) werden zur Beratung in die Fachausschüsse verwiesen.

Damit ist sichergestellt, dass das Zieldefizit von -9,0 Mio. EUR für 2012 (vgl. genehmigter Haushalt 2010) erreicht wird und der Haushalt 2012 genehmigungsfähig ist.

2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2010 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

- beraten -

Der Tagesordnungspunkt wurde beraten, dies wird als 1. Lesung angesehen.

zu 5 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 5.1 **Antrag der CDU-Fraktion zur Erstellung eines verbindlichen Konzeptes für den Weihnachtsmarkt 2012 (inkl. "Wintermarkt")** **Vorlage: V/2011/10278**

Herr Scholtyssek erhält zunächst das Wort zum Antrag:

Da die Veranstaltung des Weihnachtsmarktes in den vergangenen Jahren nicht „so rund“ gelaufen ist und die Stabsstelle Veranstaltungsservice/Marktwesen andere Maßgaben umsetzte, als die, die der Stadtrat wollte, wurde seitens der Fraktion der bezeichnete Antrag eingebracht.

Dieser Antrag wurde bereits im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten beraten, wobei diesem abschließend zugestimmt wurde.

Dabei einigte man sich jedoch darauf, dass der Punkt „Standanordnung“ aus dem Antrag entfernt wird, was auch bei der heutigen Abstimmung berücksichtigt werden muss.

Im Anschluss an die Ausführung von **Herrn Scholtyssek** wird gleich noch der Änderungsantrag der Oberbürgermeisterin behandelt, danach werden beide Anträge abgestimmt.

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Die Stadtverwaltung legt dem Stadtrat bis spätestens zur Märzsitzung 2012 ein verbindliches Konzept zur Durchführung des Weihnachtsmarktes 2012 in der Stadt Halle (Saale) zur Beschlussfassung vor.

Dieses Konzept soll die folgenden Festlegungen enthalten:

- zeitliche Vorgaben zu Aufbau, Eröffnung, Ende und Abbau
- tägliche Öffnungszeiten
- Warenangebot
- ~~Standanordnung~~
- kulturelles Beiprogramm
- musikalische Beschallung
- Einbindung unserer Partnerstädte
- besondere Attraktionen (wie z.B. Eisbahn)
- Rahmenthema
- ggf. anschließender Wintermarkt (mit den o.g. Kriterien)

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig zugestimmt -

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Stimmenthaltung

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der Oberbürgermeisterin zum Antrag der CDU-Fraktion zur Erstellung eines verbindlichen Konzeptes für den Weihnachtsmarkt 2012 (inkl. „Wintermarkt“) (Vorlage: V/2011/10278)
Vorlage: V/2011/10328**

Herr Neumann teilt mit, dass letztendlich der Rat darüber entscheiden muss, ob direkt ein Beschluss gefasst wird oder ob eine einfache Information, wie im Änderungsantrag gewünscht, ausreicht.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung legt dem Stadtrat bis zur Märzsession 2012 eine Information vor, die folgende Angaben zum Weihnachtsmarkt enthält:

- Dauer, tägliche Öffnungszeiten, Aufbau- und Abbaufristen;
- Ausschreibungstext für die Händlerbewerbung;
- Kooperationen mit den Partnerstädten;
- Attraktionen.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig abgelehnt -

0 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen
0 Stimmenthaltungen

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

- keine -

zu 7 Mitteilungen

- keine -

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Anfrage von **Herrn Scholtyssek**:

Da die Stadtgärtnerei aufgegeben werden soll und sich hierfür bereits ein Interessent gefunden hat, stellt sich die Frage nach dem aktuellen Sachstand.

Antwort von **Herrn Neumann**:

Zunächst sollte in dieser Frage die politische Entscheidung abgewartet werden, ob wirklich eine Schließung der Stadtgärtnerei erfolgen wird.

Hinweis von **Herrn Hajek**:

Es wäre doch aber günstiger, die Gärtnerei schon vorher zu verkaufen, da bereits ein Interessent gefunden wurde, als eine Entscheidung abzuwarten, die dann evtl. auf die Schließung hinausläuft, wobei der Interessent zwischenzeitlich wieder abgesprungen sein könnte und man die Gärtnerei dann nur noch schwer veräußern kann.

zu 9 Anregungen

- keine -

Für die Richtigkeit:

Datum: 09.02.12

Denis Häder
Ausschussvorsitzender

Eileen Panier
Protokollführerin